

Frage Aktieninstitut	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke	Kommentar Aktieninstitut
<p>1. Werden Sie sich mehr für Aktien in der staatlich geförderten Altersvorsorge zur Schließung der absehbaren Rentenlücke in der gesetzlichen Rentenversicherung einsetzen und wenn ja, welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen?</p>	<p>Vor allem in Zeiten niedriger Zinsen können Aktien eine interessante Anlagealternative sein. Daher hat die unionsgeführte Bundesregierung ein standardisiertes Produktinformationsblatt für Aktien eingeführt. Dieser „Beipackzettel“ soll den Anlegern die Chancen und Risiken einer Aktie in einfachen Worten erklären.</p> <p>Um bessere Möglichkeiten für die private Altersvorsorge zu schaffen, werden CDU und CSU in der kommenden Legislaturperiode prüfen, wie der Vermögensaufbau in Aktien gefördert werden könnte. Wir werden zudem die Rahmenbedingungen zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver gestalten.</p>	<p>Die SPD spricht sich für eine Anlage in Aktien in der staatlich geförderten Altersvorsorge aus. Aktien bieten bei langen Anlagezeiträumen gute Renditechancen und stärken die Attraktivität der kapitalgedeckten Altersvorsorge. Dies ist gerade in der anhaltenden Niedrigzinsphase wichtig. Aus diesen Gründen hat die SPD mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz das sogenannte Sozialpartnermodell eingeführt. Bei diesem neuen Modell der betrieblichen Altersvorsorge wird eine Zielrente ohne Garantie vereinbart. Der Verzicht auf die Garantie eröffnet der Versorgungseinrichtung die Möglichkeit, stärker in ertragreichere Anlagen wie Aktien zu investieren. Die SPD wird auch im Bereich der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge Möglichkeiten einer stärkeren Aktienanlage prüfen.</p>	<p>Grundsätzlich empfiehlt sich für Kapitalanleger ein breit diversifiziertes Anlageportfolio, in welchem auch ein höherer Aktienanteil sinnvoll sein kann. Dies gilt auch bei der Altersvorsorge. Doch auch hier stellt sich für die meisten Anleger*innen das Problem, dass die Investition in Einzeltitle für Kleinanleger*innen oft zu risikoreich ist und dass Investmentfonds oft hohe Kosten haben und für Anleger*innen häufig nicht ausreichend transparent sind. Internationale Beispiele zeigen: Kapitalgedeckte Altersvorsorge ist zu einem Bruchteil der Kosten und mit einer deutlich höheren Rendite als in Deutschland möglich. Wir wollen deshalb einen Bürger*innenfonds in öffentlicher Verwaltung nach schwedischem Vorbild einführen und diesen sowohl für die betriebliche wie auch die private Vorsorge öffnen. Bei hinreichender Größe kann die laufende Verwaltungsgebühr sehr gering sein. Diese können Anleger*innen zu niedrigen Kosten transparente breit diversifizierte Portfolios mit einer risikoadäquaten Mischung aus Unternehmensbeteiligungen und anderen Anlagen bieten. Die Sparleistung der Menschen kann so fast vollständig in die Altersvorsorge gehen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen in allen Bereichen der geförderten Altersvorsorge die Möglichkeiten ausweiten, auch in Aktien und anderen Unternehmensbeteiligungen zu investieren. Denn eine freiwillige private Altersvorsorge ist künftig unverzichtbar, um den Lebensstandard im Alter zu erhalten. Die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank verringert jedoch deutlich die Renditen, da Versicherer, Pensionskassen und Versorgungswerke immer noch in ihren Anlagemöglichkeiten beschränkt sind und daher einen Großteil des von ihnen verwalteten Kapitals in festverzinslichen Wertpapieren anlegen. Für Bürgerinnen und Bürger wird die private Altersvorsorge dadurch unattraktiv. Dabei könnten gerade bei langen Anlagezeiträumen, wie bei der Altersvorsorge, Aktien und alternative Anlageformen Chancen auf eine höhere Rendite bieten. Der langfristige Planungshorizont erlaubt es, temporäre Marktschwankungen auszuhalten. Lebensversicherer, Pensionskassen und Versorgungswerke sollen deshalb verstärkt in Aktien, Infrastrukturprojekte und Unternehmensbeteiligungen investieren können – das Aufsichtsrecht ist hierbei anzupassen.</p>	<p>DIE LINKE setzt sich generell für eine stärkere, bessere Gesetzliche Rentenversicherung ein. Das Rentenniveau wollen wir wieder auf 53 Prozent anheben und sicherstellen, dass die gesetzliche Rente hoch genug ist, um den Lebensstandard im Alter für die große Mehrheit der BürgerInnen in unserem Land zu garantieren. Die Entscheidung, die politisch aufgerissene Rentenlücke durch unsichere und für die Versicherten oft nachteilige private Vorsorge zu stopfen, war ein fataler Fehler, den wir korrigieren wollen.</p> <p>Wir setzen uns auch deshalb nicht für höhere Aktienanteile in Vorsorgeverträgen ein. Denn eine effiziente, ökonomisch sinnvolle und stabile Alterssicherung für die Mehrheit lässt sich über den Finanzmarkt nicht organisieren. Selbstverständlich soll jede/jeder zusätzlich privat vorsorgen, wenn er/sie es will und kann. Allerdings wollen wir Subventionsinstrumente wie die Riester-Förderung auslaufen lassen, da die Steuergelder effektiver und gerechter in der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen sind, wie etwa das Beispiel Österreich klar zeigt.</p>	<p><i>Der demographische Wandel wird im bisherigen Rentensystem zu steigenden Beiträgen bei niedrigerem Rentenniveau führen. Die Studie des Deutschen Aktieninstituts "Lebensstandard im Alter sichern – Rentenlücke mit Aktien schließen" zeigt, dass mehr Aktien in der Altersvorsorge die Lücke in der gesetzlichen Rente schließen und den Lebensstandard im Alter sichern werden.</i></p> <p><i>Die Vorschläge der großen Parteien zur Altersvorsorge sind unbefriedigend. In ihren Wahlprogrammen schlägt die SPD unfinanzierbare doppelte Haltelinien bei der gesetzlichen Rente vor, während sich CDU/CSU mittels einer Kommission ein Bild zur Altersvorsorge ab dem Jahr 2030 machen wollen. Dass die Volksparteien ohne ausgereifte Vorschläge zum Thema Altersvorsorge in den Bundestagswahlkampf ziehen, ist heikel und wird dem eigenen Führungsanspruch nicht gerecht.</i></p> <p><i>Zu begrüßen ist, dass die FDP das Renditepotenzial von Aktien in der Altersvorsorge nutzen und Bündnis 90/Die Grünen, einen Bürgerfonds nach schwedischem Vorbild einrichten wollen. Allerdings lehnen wir die gegenüber Schweden fehlende Einbeziehung privater Anbieter ab.</i></p> <p><i>Die Linke ist gegen mehr Aktien in der Altersvorsorge und will sogar die Riester-Förderung wieder abschaffen. Wie die Rentenlücke gedeckt werden soll, erläutert sie nicht.</i></p>

Frage Aktieninstitut	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke	Kommentar Aktieninstitut
<p>2. Unterstützen Sie die Beibehaltung der Abgeltungssteuer?</p>	<p><i>Fragen 2 und 3 werden wegen des sachlichen Zusammenhangs gemeinsam beantwortet:</i></p> <p>Mit Einführung der Abgeltungssteuer zum 1. Januar 2009 wollte die unionsgeführte Bundesregierung verhindern, dass Kapital allein aus steuerlichen Gründen ins Ausland verlagert wird. Mittlerweile haben wir den internationalen Informationsaustausch zur Erfassung der Kapitaleinkommen forciert. Dieser ist zum 1. Januar 2017 mit einer Reihe von Staaten angelaufen. Der Austausch wird immer nach Ablauf von neun Monaten nach dem entsprechenden Kalenderjahr – also immer Ende September – stattfinden. Es wird dadurch nahezu unmöglich, Einkünfte zu verstecken. Einige Staaten wie die Schweiz und Singapur werden erst ab Ende September 2018 am Datenaustausch teilnehmen. Bisher haben sich insgesamt rund 100 Staaten zum automatischen Informationsaustausch verpflichtet.</p> <p>Es ist zunächst geboten, sich den Effekt des automatischen Informationsaustausches anzuschauen. Wenn international ein funktionierender Informationsaustausch der Finanzbehörden besteht, soll die pauschale Abgeltungssteuer durch die individuelle Besteuerung ersetzt werden. Soweit Kapitalerträge schon steuerlich vorbelastet sind, soll dies beim Anleger nicht zu Nachteilen führen.</p>	<p><i>Gemeinsame Antwort zu Fragen 2 und 3:</i></p> <p>Wir wollen die Abgeltungssteuer abschaffen. Die SPD tritt für eine Besteuerung der privaten Kapitaleinkünfte mit dem progressiven Einkommensteuertarif ein. Damit sollen private Kapitaleinkünfte wie andere Einkunftsarten, etwa Einkünfte aus unselbständiger Arbeit, wieder gleich besteuert werden. Bei der Rückkehr zur progressiven Besteuerung wird die SPD die Vorbelastung von Dividenden auf Unternehmensebene durch ein Teileinkünfteverfahren auf Anlegerebene berücksichtigen. Eine höhere Besteuerung von Dividenden ist nicht beabsichtigt.</p>	<p>Nein, Einkommen aus Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Einkommen aus Vermögen. Während sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem Staat gegenüber gläsern machen müssen, wird Kapitaleinkommen per Abgeltungssteuer anonym versteuert. Das wollen wir ändern und die Abgeltungssteuer abschaffen. Davon profitieren auch Kleinanleger*innen.</p>	<p><i>Die Fragen 2 und 3 werden im Zusammenhang beantwortet.</i></p> <p>Eine steuerliche Sonderbehandlung von Zinseinkünften ist politisch und verfassungsrechtlich problematisch, sobald der umfassende automatische Informationsaustausch zwischen den Staaten in den Jahren nach 2018 eingeführt ist und dann auch tatsächlich funktionieren sollte. Daher wollen wir Freie Demokraten auf ein faires Besteuerungskonzept für Kapitaleinkünfte übergehen, in dem Zins- und Divideneinkünfte gleichbehandelt werden und die private Alters- und Vermögensvorsorge gestärkt wird. Dazu wollen wir die Abgeltungssteuer abschaffen. Für ausgeschüttete Unternehmensgewinne (Dividenden) wollen wir ein Teileinkünfteverfahren schaffen, das die steuerliche Vorbelastung der Gewinne auf der Unternehmensebene angemessen berücksichtigt. Für Zinsen wollen wir den Sparerfreibetrag von heute 801 Euro für Singles auf 1.200 Euro und für Ehegatten von 1.602 Euro auf 2.400 Euro erhöhen. Eine Spekulationsfrist von einem Jahr für Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren wollen wir wiedereinführen.</p>	<p>Nein, hohe Einkommen aus Kapitalerträgen sollen nicht länger bevorzugt, sondern nach denselben Sätzen besteuert werden, wie alle Einkommen. Die Abgeltungssteuer wollen wir daher abschaffen.</p> <p>Wir werden die steuerliche Doppelbelastung nicht beseitigen, aber durch Beibehaltung des Teileinkünfteverfahrens weiterhin berücksichtigen.</p>	<p><i>Während SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Abgeltungssteuer abschaffen wollen, knüpfen CDU/CSU und FDP dies zumindest an die Bedingung, dass der vereinbarte internationale steuerliche Informationsaustausch tatsächlich funktioniert.</i></p> <p><i>Das Argument, mit dem für die Abschaffung der Abgeltungssteuer geworben wird, ist falsch. Die Abgeltungssteuer begünstigt im Gegensatz zu Besteuerung von Einkommen keineswegs Kapitalerträge steuerlich, da Aktienerträge auf Unternehmensebene und auf Anlegerebene versteuert werden. Die Gesamtbesteuerung liegt daher aktuell bei rund 50 Prozent. Wenn die Abgeltungssteuer bleibt, muss sie daher auf jeden Fall reformiert werden, indem auf Anlegerebene nur ein Teil der Aktienerträge versteuert wird.</i></p>
<p>3. Werden Sie die derzeit existierende steuerliche Doppelbelastung von Kapitalerträgen, die sich durch die Besteuerung auf Unternehmensebene und auf Anlegerebene ergibt, mindestens verringern oder ganz beseitigen?</p>	<p><i>Erfolgt die Kapitalertragsbesteuerung stattdessen künftig nach dem persönlichen Einkommensteuersatz, muss das Halbeinkünfteverfahren für Dividenden wieder eingeführt werden.</i></p> <p><i>Um Anreize für den langfristigen Vermögensaufbau zu setzen, ist zudem die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen nach einer Spekulationsfrist notwendig, die sich die FDP auf die Fahnen geschrieben hat.</i></p> <p><i>Auch wenn keine Partei die steuerliche Doppelbelastung von Kapitalerträgen ganz beseitigen will, werden unterschiedliche Instrumente diskutiert, diese zumindest zu verringern. Dies ist im Ansatz positiv. Wir fürchten aber, dass es am Ende doch zur höheren Belastung von Aktienerträgen kommt.</i></p>	<p>Nach Besteuerung des Gewinns auf Unternehmensebene kommt es bereits heute bei Ausschüttung einer Dividende nicht zu einer vollen Besteuerung bei der Einkommensteuer auf Anlegerebene. Der Vermeidung einer Doppelbesteuerung wird durch die Anwendung der Abgeltungssteuer oder durch das Teileinkünfteverfahren Rechnung getragen. Die Abgeltungssteuer wollen wir aus oben genannten Gründen abschaffen, so dass das zukünftig bei Dividenden allein das Teileinkünfteverfahren verbleibt.</p>				

Frage Aktieninstitut	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke	Kommentar Aktieninstitut
<p>4. Werden Sie sich gegen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wenden?</p>	<p>Unser Ziel bleibt, im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschland gewahrt bleiben. Nur als starker und wettbewerbsfähiger Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten.</p>	<p>Nein. Die SPD setzt sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz ein. Durch die Finanztransaktionssteuer soll der Finanzsektor entsprechend seinem Gewicht stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden. Außerdem macht die Finanztransaktionssteuer bestimmte ökonomisch unsinnige Transaktionen, wie den Hochfrequenzhandel, unattraktiv und wirkt somit der Aufblähung des Handelsvolumens entgegen.</p>	<p>Nein, denn einerseits hat die FTT eine wichtige Lenkungswirkung und hilft z.B. bei der Eindämmung des Hochfrequenzhandels. Andererseits würden Finanzumsätze, so wie die Umsätze aller Branchen, an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt. An der Umsetzung müssen sich möglichst viele Länder beteiligen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten lehnen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTT) klar ab. Die Steuer würde zu Verteuerung der Transaktionskosten führen, die letztlich auf Kleinanleger und Realwirtschaft abgewälzt würde. Gleiches gälte für den Bereich der Altersvorsorge, da Anbieter von Altersvorsorgeprodukten die Beiträge ihrer Kunden typischerweise in Finanzprodukte anlegen, die durch eine FTT verteuert würden. Darüber hinaus sind wir der Überzeugung, dass Fehlentwicklungen an den Finanzmärkten durch gezielte regulatorische Maßnahmen und nicht durch die Einführung neuer Steuern zu beheben sind.</p>	<p>Nein, keineswegs, DIE LINKE ist ganz klar für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer – und dies aus guten Gründen: Die Finanztransaktionssteuer hilft Fehlentwicklungen an den Finanzmärkten zurückzudrängen, sie schrumpft und stabilisiert die Finanzmärkte. Dabei generiert sie öffentliche Mehreinnahmen, die sinnvoll für den globalen Klimaschutz, eine nachhaltige Entwicklung in Ländern des Südens sowie den sozial-ökologischen Umbau hierzulande verwendet werden können.</p>	<p><i>Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wird Privatanleger und Unternehmen mit rund 5 bis 7,3 Mrd. € pro Jahr belasten, wie das Deutsche Aktieninstitut in seiner Studie „Die Finanztransaktionssteuer – ein finanzpolitischer Irrweg“ gezeigt hat. Diese wird vor allem die Vermögensbildung und Altersvorsorge der Bürger verteuern und Arbeitsplätze gefährden. Angesichts des Brexit werden erhebliche zusätzliche Wettbewerbsnachteile entstehen.</i></p> <p><i>Obwohl all dies bekannt ist, lehnt einzig die FDP die Finanztransaktionssteuer ab. CDU/CSU wollen zumindest Wettbewerbsnachteile vermeiden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschland wahren. Ein wichtiger Vorsatz – auch wenn unklar bleibt, wie sie sich dies im Zusammenhang mit der Finanztransaktionssteuer konkret vorstellen.</i></p> <p><i>SPD und Bündnis 90/Die Grünen versprechen sich von der Finanztransaktionssteuer einen wichtigen Beitrag, den Hochfrequenzhandel einzudämmen. Die angebliche schädliche Wirkung des Hochfrequenzhandels ist mit einem Fragezeichen zu versehen, denn ein entsprechender wissenschaftlicher Nachweis ließ sich bisher nicht führen.</i></p> <p><i>Genauso wenig ist die Finanztransaktionssteuer geeignet die Finanzmärkte zu stabilisieren, wie sich das Bündnis 90/Die Grünen und die Linken vorstellen.</i></p>

Frage Aktieninstitut	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke	Kommentar Aktieninstitut
<p>5. Der geplante Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union sorgt für große Verunsicherung in der Wirtschaft. Werden Sie sich für Übergangsregeln in allen Wirtschaftsbereichen zur Bewältigung der bevorstehenden Veränderungen einsetzen?</p>	<p>Es liegt in unserem Interesse, dass wir auch nach dem BREXIT mit Großbritannien intensive wirtschaftliche und politische Verbindungen pflegen. Ziel muss es sein, die negativen Auswirkungen des BREXIT für die Menschen und die Wirtschaft in Grenzen zu halten. Dabei sind wir für pragmatische Lösungen offen. So wollen wir Rechtsunsicherheit und Härten für die betroffenen Menschen und die Wirtschaft vermeiden. Klar ist aber auch: Wer die EU verlässt, kann nicht weiter von allen Vorteilen der Gemeinschaft profitieren.</p>	<p>Die Europäische Kommission ist Verhandlungsführerin für die gesamte Union. Ihr ist ein Mandat der EU-Mitgliedstaaten erteilt worden. Einzelne Staaten in der Europäischen Union können sich nur im Rat mit Positionen und Vorschlägen einbringen und für Mehrheiten werben. Ob mittelfristig die Frage nach Übergangsfristen dort diskutiert wird, ist nicht ausgeschlossen und – je nach Verhandlungsverlauf – vielleicht sogar wahrscheinlich. Ob – und ggfls. für welche Branchen – Übergangsfristen bejaht werden sollten, müsste nach einer ausführlichen Konsultation mit den betroffenen Wirtschaftskreisen entschieden werden, die derzeit noch nicht durchgeführt wurde.</p>	<p>Der Zusammenhalt der EU-27 muss in den Brexit-Verhandlungen wichtigstes Ziel sein und bleiben. Die Verhandlungen müssen bis zum Ende geschlossen geführt und bilaterale Nebenverhandlungen um einzelstaatliche Interessen ausgeschlossen werden. Ein freier Zugang zum EU-Binnenmarkt darf nur möglich sein, wenn die Einheitlichkeit des Europarechts und die Geltung aller vier Grundfreiheiten, insbesondere der Personenfreizügigkeit, gewahrt bleiben. Ein mögliches Freihandelsabkommen mit Großbritannien als Drittstaat kann nach geltenden EU-Verträgen erst nach dem offiziellen Austritt des Vereinigten Königreichs finalisiert werden. Sollte es schon während der Verhandlungen zu Gesprächen über ein Freihandelsabkommen oder sogar offiziellen Verhandlungen kommen, muss der Rat nach unserer Vorstellung das Europäische Parlament vorher um Zustimmung zu den Grundlagen der Verhandlungen bitten.</p>	<p>Wir Freie Demokraten bedauern die Brexit-Entscheidung der britischen Bürgerinnen und Bürger, wollen aber nun pragmatisch mit der Situation umgehen. Denn wir respektieren diese Entscheidung. Es gilt jetzt, in einem partnerschaftlichen Verfahren, die Bedingungen des Austritts mit London zu verhandeln. Es ist wichtig, Großbritannien als einen starken Partner der EU zu erhalten, aber nicht um jeden Preis: Ein „Rosinenpicken“ oder die Aufgabe grundlegender Prinzipien des Binnenmarktes kommt für uns nicht in Frage. Daher wird es eine Mitgliedschaft ‚light‘ für Großbritannien nicht geben können, denn die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes sind unteilbar – freien Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr in Anspruch zu nehmen, ohne gleichzeitig die Freizügigkeit von Arbeitnehmern zu akzeptieren, muss ausgeschlossen sein und bleiben. Wichtig ist uns Freien Demokraten dabei, den Schaden für die Wirtschaft auf beiden Seiten des Kanals zu minimieren. Deutschland als offene, exportorientierte Volkswirtschaft würde durch Zölle und Handelsbarrieren besonders hart getroffen werden – das gilt sowohl für den Export auf als auch für den Import von der Insel. Ziel der Verhandlungen muss es daher sein, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU zukunftssicher zu gestalten. Aus Sicht der Freien Demokraten sollte dies in Form eines Freihandelsabkommens erfolgen. Besonders wichtig ist, dass die EU und Großbritannien vor Frühjahr 2019 Klarheit über ihr zukünftiges Verhältnis schaffen, damit die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament auf neuer Grundlage durchgeführt werden können.</p>	<p>DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass weder umfangreiche Erleichterungen, geltende Bestimmungen/Verfahren ausgesetzt, niedrigere Standards oder finanzielle Zugeständnisse für das Vereinigte Königreich zulasten der BürgerInnen in der EU verabschiedet, noch die Hürden für den Austritt über Gebühr hoch gesetzt werden. Eine nachträgliche „Bestrafung“ der Bevölkerung und ihres Abstimmungsergebnisses durch die EU lehnen wir ab. Alles Weitere zum Brexit ist detailliert, transparent und demokratisch in den nächsten Jahren zu regeln und wird von uns kritisch begleitet.</p>	<p><i>In seinem Positionspapier „Austrittsverhandlungen der Europäischen Union mit dem Vereinigten Königreich: Brexit-Risiken minimieren und den europäischen Kapitalmarkt stärken“ hat das Deutsche Aktieninstitut die vielfältigen Probleme im Kapital- und Finanzmarktbereich sowie im Gesellschaftsrecht klar herausgearbeitet. Alleine die Vielzahl und die Komplexität der zu bearbeitenden Themen werden mehr Zeit in Anspruch nehmen als die in Artikel 50 des EU-Vertrags dafür vorgesehenen zwei Jahre. Übergangsregelungen sind daher zwingend, um Arbeitsplätze in der EU 27 nicht zu gefährden.</i></p> <p><i>Keine der dazu befragten Parteien sieht sich in der Pflicht, zum Thema Übergangsregelungen aktiv zu werden. Welche Parteien auch immer die nächste Regierung stellen werden, sie werden sich mit dem Thema nach der Wahl intensiv befassen müssen, um Schaden von Europa und Deutschland abzuwenden.</i></p> <p><i>Dabei gehen die Aussagen von CDU/CSU und FDP, negative Auswirkungen minimieren und Rechtsunsicherheit vermeiden zu wollen, in die richtige Richtung. Das von der FDP geforderte Freihandelsabkommen könnte als letzte Option ein gangbarer Weg sein. Sicher ist, dass die Verhandlungen eines solchen deutlich mehr als zwei Jahre in Anspruch nehmen werden.</i></p>

Frage Aktieninstitut	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke	Kommentar Aktieninstitut
<p>6. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Börsengänge in Deutschland zu erleichtern und somit die Unternehmensfinanzierung auf eine breitere Basis zu stellen und Anlegern ein breites Spektrum zu Geldanlage zu ermöglichen?</p>	<p>Gemeinsam mit der Deutschen Börse AG hat sich die unionsgeführte Bundesregierung für das neue Börsensegment „Scale“ eingesetzt. Es ermöglicht vor allem kleinen und mittleren Unternehmen sowie insb. für junge Wachstumsunternehmen, Eigenkapital über einen Börsengang zu akquirieren.</p> <p>Damit mehr Unternehmen in Deutschland an die Börse gehen, bedarf es eines guten wirtschaftspolitischen Umfelds. Daher wollen wir die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen weiter stärken, insbesondere durch Steuersenkungen.</p> <p>Wir werden auch die Bedingungen für Wagniskapital weiter verbessern. Den Zugang für Start-ups zu Wagniskapital wollen wir auch über steuerliche Förderung erleichtern: Wer sich an Start-ups beteiligt, soll das bei der Steuer berücksichtigen können.</p>	<p>Börsengänge wollen gut vorbereitet werden. Nicht jedem Unternehmen kann in jeder Phase zu diesem Schritt geraten werden. Hier kann die Politik auch nur bedingt Ratschläge geben. Wir haben uns in der laufenden 18. Wahlperiode allerdings stark für die Förderung der Wagniskapitalfinanzierung eingesetzt, um die Finanzierung von Unternehmen auf eine breitere Basis zu stellen und wir werden diesen Weg fortsetzen.</p> <p>Unser Hauptaugenmerk liegt jetzt auf der Wachstumsfinanzierung. Viele junge innovative Unternehmen haben erheblichen Kapitalbedarf, damit sie so wachsen können, dass sie auf Dauer überlebensfähig sind. Die SPD hat sich in der Koalition daher für ein noch stärkeres Engagement der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eingesetzt – mit Erfolg. Die Erträge aus der sogenannten Förderrücklage I des ERP-Sondervermögens in Höhe von 4,65 Milliarden Euro werden zukünftig für die Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierung der KfW zur Verfügung stehen. Über eine Tochtergesellschaft der KfW können dann jährlich insgesamt 200 Mio. Euro in Venture Capital-Dachfonds investiert werden.</p> <p>Wenn sich ein Unternehmen nach der Wachstumsphase konsolidiert hat, brauchen Investoren die Möglichkeit, ihr Investment aus dem Unternehmen herauszuziehen, um es neu investieren zu können. Dies kann durch einen Börsengang ermöglicht werden. Dazu hat die Deutsche Börse AG seit dem 1. März 2017 das neue Marktsegment „Scale“ geschaffen, das gerade jungen und innovativen Unternehmen den Börsengang erleichtern soll. Wir werden die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung im Blick behalten und prüfen, durch welche weiteren Maßnahmen der Kapitalbedarf von start-ups verbessert werden kann. Nicht unterstützen können wir Forderungen nach einer Aufweichung des deutschen Arbeitsrechts, welches zum Schutz von angestellten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beibehalten werden muss.</p>	<p>Wir wollen die steuerliche Subventionierung von Fremdkapital vor Eigenkapital abschaffen, was die Finanzierung über die Ausgabe von Aktien attraktiver macht. Darüber hinaus wollen wir die Bedingungen für Start-ups und KMUs verbessern. Dadurch werden auch mehr Unternehmen eine sinnvolle Größe für einen Börsengang erreichen. Hierbei sehen wir Verbesserungsbedarf in vielen Bereichen. Konkret geht es um den Abbau von Bürokratie bei Gründungen (One-Stop-Shops), bessere Absicherung und Förderung von Selbstständigkeit, die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung von KMU, höhere Haushaltsmittel für die Projektförderung, bessere Zugänge zu Wagniskapital, etc.</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für einen international wettbewerbsfähigen Finanzplatz Deutschland mit einer starken Deutschen Börse in Frankfurt ein. Für mehr Börsengänge braucht es mehr junge und wachstumsstarke Unternehmen mit Börsenreife. Wir wollen hierzu beste Rahmenbedingungen für Start-Ups, Gründergeist und Risikobereitschaft, eine offene Gesellschaft und gesellschaftliche Aufgeschlossenheit für Forschung, eine schlanke Bürokratie und eine digitale Verwaltung sowie mehr Wagniskapital in Deutschland. Wir fordern deshalb ein Venture-Capital-Gesetz, das umfassend und ganzheitlich beste Bedingungen für Wagniskapital in Deutschland für Unternehmen, Investoren und Venture-Capital-Gesellschaften schafft.</p>	<p>Alle seriösen, belastbaren Zahlen und Befragungen zeigen uns, dass es keine grundsätzlichen Probleme bei der Unternehmensfinanzierung gibt. Die Versorgung mit Krediten und auch die Finanzierung über den Kapitalmarkt sind für die Mehrheit der Unternehmen gegeben. DIE LINKE sieht zwar durchaus bestimmte Fördernotwendigkeiten bei spezifischen Unternehmen in bestimmten Phase, die aber im Rahmen des Ausbaus bestehender Programme von Bund/Ländern punktgenauer geregelt werden können. Für uns besteht deshalb kein Anlass gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen bzw. zu unterstützen oder öffentliche Gelder einzusetzen, um generell Börsengänge von Unternehmen in Deutschland zu erleichtern. Ebenso wenig wollen wir die individuellen Sparentscheidungen politisch beeinflussen und die bestehenden unzähligen Möglichkeiten der privaten Kapitalanlage noch weiter als bisher fördern.</p>	<p><i>Mit Ausnahme der Linken wollen alle Parteien die Bedingungen für Start-Ups und Wagniskapital inklusive Börsengang verbessern. Aussagen zur Verbesserung der kapitalmarktpolitischen Rahmenbedingungen für etablierte Unternehmen sucht man dagegen vergeblich.</i></p> <p><i>Die Verweise von CDU/CSU und SPD auf das neue Börsensegment „Scale“ reichen insoweit nicht aus. Bei der Diskussion um die Förderung von Start-ups und mehr Börsengängen von kleinen und mittleren Unternehmen wird leicht vergessen, dass für den Schritt an die Börse in der Regel nur dann ein dauerhafter Anreiz besteht, wenn Going and Being Public auch in späteren Wachstumsphasen attraktiv sind.</i></p> <p><i>Bündnis 90/Die Grünen wollen die steuerliche Subventionierung von Fremdkapital vor Eigenkapital abschaffen. Dies ist grundsätzlich ein guter Vorschlag, wenn der Teufel auch im Detail stecken wird. Gründergeist, eine offene Gesellschaft und gesellschaftliche Aufgeschlossenheit werden sich nicht per Gesetz einfordern lassen. Trotzdem ist es richtig, dass Deutschland mehr Wagniskapital braucht. Wir sind gerne bereit an dem von der FDP vorgeschlagenen „Venture-Capital-Gesetz“ mitzuarbeiten.</i></p>

Frage Aktieninstitut	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke	Kommentar Aktieninstitut
<p>7. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Mitarbeiterkapitalbeteiligung unter anderem mit Belegschaftsaktien zu stärken, und falls ja, mit welchen Maßnahmen?</p>	<p>CDU und CSU wollen, dass Arbeitnehmer am Erfolg ihres Unternehmens besser teilhaben können. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver gestalten.</p>	<p>Wir sehen in der Mitarbeiterkapitalbeteiligung eine gute Möglichkeit, um Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens zu beteiligen. Angesichts der Vermögensverteilung in Deutschland wollen wir die Vermögenslage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbessern. Es geht um einen fairen Anteil am ökonomischen Erfolg. Von einer Mitarbeiterkapitalbeteiligung profitieren auch die Unternehmen. Die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann gesteigert, deren Bindung an den Betrieb gestärkt werden. Die Eigenkapitalbasis der beteiligten Unternehmen kann verbessert werden. Natürlich hängen diese Effekte von einer attraktiven Gestaltung der Beteiligung ab. Deshalb bleibt in diesem Zusammenhang ein ganz wichtiger Punkt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch Sicherheit im Insolvenzfall haben. Und wir wollen natürlich nicht, dass die Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Konkurrenz tritt insbesondere zur gerade neu gestalteten betrieblichen Altersvorsorge.</p>	<p>Wir planen hier keine Veränderungen. Wir wollen die Förderung der privaten Altersvorsorge stärker auf kleine bis mittlere Einkommen fokussieren und außerdem erreichen, dass die betriebliche Altersvorsorge allen Beschäftigten zugutekommt. Die konkreten Anlageformen wollen wir aber gleich behandeln, so dass die für Absicherung und Altersvorsorge besonders notwendige Risikostreuung auch tatsächlich gewährleistet wird. Eine deutliche Begünstigung der Beteiligung am eigenen Unternehmen vor anderen Anlageformen führt zu einem doppelten Risiko für die Beschäftigten im Fall einer ungünstigen Unternehmensentwicklung: Sie tragen das Arbeitsplatzrisiko, und sie riskieren gleichzeitig ihre Ersparnisse.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmenserfolg und -kapital vorantreiben. Denn wir sehen darin viele Vorteile: Wenn Beschäftigte etwa durch Gewinnbeteiligung oder Aktien am Wachstum ihres Unternehmens teilhaben, fördert dies ihre Motivation, Identifikation und ihr unternehmerisches Handeln. Zudem können so mehr Menschen unmittelbarer an den wirtschaftlichen Chancen der Globalisierung teilhaben. Arbeitgeber wiederum können dadurch qualifizierte Fachkräfte gewinnen oder auch ihre Kapitalausstattung verbessern. Darüber hinaus können Mitarbeiterbeteiligungen die Nachfolge bei einer Betriebsübergabe erleichtern. Gerade für die Arbeitswelt der Zukunft sollten diese Chancen für eine partnerschaftliche Unternehmenskultur nicht ungenutzt bleiben. Deshalb setzen wir uns für bessere Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung ein. So wollen wir zum Beispiel bürokratische Hürden abbauen und die Entwicklung alternativer Modelle unterstützen, insbesondere für Betriebsnachfolgen und Start-Ups. Dazu gehört auch, den Steuerfreibetrag für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung zu erhöhen. Für uns ist klar, dass es für Mitarbeiterbeteiligungen keine Standardlösungen gibt. Sie müssen daher freiwillig von Beschäftigten und Arbeitgebern vereinbart werden. Einen gesetzlichen oder tariflichen Zwang darf es nicht geben. Zudem halten wir die Harmonisierung internationaler Standards für sinnvoll, um grenzüberschreitende Beteiligungen zu vereinfachen oder erst zu ermöglichen.</p>		<p><i>Bündnis 90/Die Grünen sehen bei der Mitarbeiterkapitalbeteiligung vor allem das „doppelte Risiko“ für den Arbeitnehmer, im Falle einer schlechten Unternehmensentwicklung gleichzeitig Arbeitsplatz und Ersparnisse zu verlieren. Diese Argumentation verkennt, dass nur ein begrenzter Teil der Ersparnisse der Mitarbeiter in Unternehmensanteile angelegt wäre. Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung nicht zu stärken, verspielt die Chance, Arbeitnehmer am Produktivkapital der Unternehmen zu beteiligen und sie damit an den Gewinnen ihrer Unternehmen teilhaben zu lassen.</i></p> <p><i>Dies erkennt die SPD an, lässt aber offen, ob sie Maßnahmen ergreifen will, die Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver zu gestalten. Der Hinweis, dass es zu keinem Konkurrenzverhältnis zu der gerade neu gestalteten betrieblichen Altersvorsorge kommen darf, lässt aber wenig Hoffnung auf Verbesserung zu.</i></p> <p><i>Auch wenn CDU/CSU pauschal erklären, dass sie die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung attraktiver gestalten wollen, hätte man sich an dieser Stelle konkrete Verbesserungsvorschläge gewünscht.</i></p> <p><i>Diese liefert die FDP, die die Mitarbeiterkapitalbeteiligung sowohl durch Bürokratieabbau, einen höheren Steuerfreibetrag für Mitarbeiter als auch die Harmonisierung internationaler Standards vorantreiben will. Dies umgesetzt, würde für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung einen großen Schritt nach vorne bedeuten.</i></p>

Frage Aktieninstitut	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke	Kommentar Aktieninstitut
<p>8. Eine langfristig ausgerichtete und diversifizierte Aktienanlage trägt wesentlich zu einer renditestarken Vermögensanlage bei Stiftungen bei. Damit ist die Finanzierung von gesellschaftlichen und sozialen Stiftungsprojekten gesichert. Werden Sie sich für einen regulatorischen Rahmen einsetzen, der Stiftungen mehr Flexibilität bei der Vermögensanlage eröffnet und Unsicherheiten nimmt, in Aktien zu investieren?</p>	<p>Die unionsgeführte Bundesregierung hat vor kurzem die Anlageverordnung modernisiert und an die Herausforderungen der Niedrigzinsphase angepasst. Damit wurden die Rahmenbedingungen für Stiftungen, die sich an der Anlageverordnung orientieren, verbessert. Ob weitere Anpassungen erforderlich sind, werden wir prüfen, wenn diese Verbesserungen ihre Wirkung entfaltet haben.</p>	<p>Stiftungen sind grundsätzlich zum Vermögenserhalt verpflichtet. Dieser Grundsatz ist auch bei der Auswahl von Kapitalmarktprodukten zu beachten und kann die Entscheidung für eine Investition in risikoreiche Anlagen beeinflussen. Die SPD hält eine Modernisierung des Stiftungsrechts für erforderlich und wird sich dabei auch für eine Verbesserung der Möglichkeiten zur Anlage in Kapitalmarktprodukte einsetzen.</p>	<p>Die derzeitigen niedrigen Renditen stellen Stiftungen bei der Erfüllung ihres Zwecks vor große Herausforderungen. Einer Flexibilisierung der Anlagemöglichkeiten stehen wir offen gegenüber, solange sichergestellt ist, dass das Stiftungskapital erhalten bleibt. Denn gerade für Anleger mit einem so langfristigen Anlagehorizont wie Stiftungen kann die Beimischung von Aktien in den Portfolien eine gute Möglichkeit sein die Rendite zu stabilisieren ohne die Risiken wesentlich zu erhöhen. Insbesondere Stiftungen sollten bei ihrer Anlagestrategie auf Nachhaltigkeit setzen und soziale und ökologische Belange einbeziehen, auch um langfristige Risiken, z.B. aus der sogenannten Carbon Bubble, zu vermeiden.</p>	<p>Wir Freien Demokraten setzen uns grundsätzlich für eine deutlich breitere Anlagemöglichkeit institutioneller Anleger ein. Dies umfasst auch Stiftungen.</p>		<p><i>Die Leistungsfähigkeit von Stiftungen hängt von der nachhaltigen Rentabilität ihrer Kapitalanlagen ab. Stiftungen, die Teile ihres Kapitals in Aktien anlegen, können ihre gemeinnützigen Zwecke wegen höherer Erträge langfristig besser und sicherer erfüllen – unabhängig von der aktuellen Niedrigzinsphase, so die Studie des Deutschen Aktieninstituts "Aktienanlage in Stiftungen".</i></p> <p><i>Obwohl Stiftungen mit ihrem vielfältigen gesellschaftlichen und sozialen Engagement eine wichtige Rolle spielen, sind die Antworten der Parteien für einen besseren regulatorischen Rahmen der Stiftungsfinanzierung nicht überzeugend. Die Antwort der CDU/CSU geht am Thema vorbei, da die Änderung der AnlageVO die für Aktien entscheidende Vorschrift nicht berührt. Die FDP erklärt, dass sie sich grundsätzlich für breitere Anlagemöglichkeiten institutioneller Anleger einsetze, auch für Stiftungen. Die SPD will sich für eine Verbesserung der Möglichkeit zur Anlage in Kapitalmarktprodukte durch Stiftungen einsetzen. Bündnis 90/Die Grünen stehen dem „offen gegenüber“ wenn der Kapitalerhalt gewährleistet wird. Dass Stiftungen in ihrer Anlagestrategie vor allem soziale und ökologische Belange berücksichtigen sollen, wie von Bündnis 90/Die Grünen gefordert, führt zu einem Mehr an politischen Vorgaben bei der Aktienanlage.</i></p>

Frage Aktieninstitut	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke	Kommentar Aktieninstitut
<p>9. Werden Sie sich für eine nationale Agenda zur ökonomischen Bildung einsetzen?</p>	<p>Wichtig ist, dass Kenntnisse über finanzielle Fragen bereits in der Schule vermittelt werden. Wirtschaft und Recht sind schon in einigen Bundesländern verbindliche Schulfächer. Darüber hinaus existieren bereits zahlreiche Initiativen, die entsprechende Bildungsinhalte anbieten.</p>	<p>Die SPD will mit ihrer Bildungspolitik dazu beitragen, jungen Menschen einen differenzierten Blick auf das eigene Leben sowie die sozialen, politischen, kulturellen, ökonomischen und historischen Zusammenhänge unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Für uns bieten vor allem gute Ganztagschulen mehr Raum und Zeit für das gemeinsame Lernen und die ausführliche Behandlung komplexer Sachverhalte, wie sie sich auch in der Ökonomie ergeben. Wir wollen deshalb den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote vorantreiben. Unser Ziel ist hierbei der Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung. In einem ersten Schritt wollen wir dies in den nächsten vier Jahren für die Grundschulen durchsetzen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir hierbei auch die Schulsozialarbeit ausbauen. Denn Schulen mit Ganztagsangeboten, die über den Unterricht hinausgehen, brauchen multiprofessionelle Teams.</p>	<p>Ökonomische Bildung ist für uns mehr als ein Schulfach „Wirtschaft“. Wir setzen daher darauf, dass ökonomische Zusammenhänge, die eigene Rolle als Konsumierende oder Produzierende sowie Verbraucherschutz- und Nachhaltigkeitsaspekte in verschiedenen Fächern altersgerecht thematisiert werden. Anhand von Alltagsfragen von Kindern und Jugendlichen können dann auch zentrale gesellschaftliche Herausforderungen wie Märkte, Währungen, finanzielle Stabilität, Ungleichheit sowie ökologische und allgemeine Nachhaltigkeit thematisiert werden.</p>	<p>Ja. Für uns Freie Demokraten ist ökonomische Bildung ein wichtiger Teil der Allgemeinbildung, die das Urteilsvermögen der Bürger und Verbraucher in der Sozialen Marktwirtschaft schärft. Dafür möchten wir wirtschaftliches Grundwissen durch die flächendeckende Einführung eines Schulfachs „Wirtschaft“ – ähnlich wie in Bayern – schon in der Schule stärken. Zugleich sollte es auch ein eigenständiges Fach im Rahmen der Lehrerbildung geben. Das Thema Selbstständigkeit und Unternehmertum gilt es, in den Lehrplänen aller Schulformen verankern. Gründer und Gründerinnen gestalten mit ihren Ideen unsere Zukunft und sorgen für neue Arbeitsplätze. Damit dieses Erfolgsmodell weiterbestehen kann, müssen wir Hindernisse zur Selbstständigkeit abbauen und die Gründerkultur von klein auf zugänglich machen. Deshalb wollen wir schon unsere Kinder zum Beispiel mit Projekten und Planspielen in den Schulen an das Thema heranzuführen. Dazu sollen Schulen mit Unternehmen und Selbstständigen zusammenarbeiten. Bei Projekten wie „Unternehmer im Klassenzimmer“, „Chance Chef“ oder „Schüler im Chefsessel“ können Schülerinnen und Schüler den Arbeitsalltag von Selbstständigen hautnah erleben, so dass Selbstständigkeit für alle eine Option werden kann. Wir Freie Demokraten treten überdies dafür ein, dass junge Menschen im Rahmen des Fachs „Wirtschaft“ möglichst viele Einblicke in die Praxis von Betrieben erhalten. Insbesondere bei Praktika sammeln sie praktische Erfahrungen mit der Arbeitswelt und lernen Berufe kennen, die ihnen Perspektiven und Chancen eröffnen. Veranstaltungen zur Berufsorientierung wie ein „Tag der beruflichen Bildung“ an allen Schulen ermöglichen es zudem den Betrieben, Ausbildungsangebote sowie Beschäftigungs- und Karriereperspektiven vorzustellen.</p>		<p><i>Ein klares „Ja“ kommt einzig von der FDP, die in einer sehr differenzierten Antwort auf viele Details eingeht.</i></p> <p><i>Bündnis 90/Die Grünen hingegen wollen ökonomische Zusammenhänge in den verschiedenen Schulfächern thematisieren. Dabei sollen vor allem Verbraucherschutz- und Nachhaltigkeitsaspekte eine Rolle spielen. Sie betrachten Märkte als „Herausforderung“ statt sie als Teil der Lösung anzusehen.</i></p> <p><i>Weder CDU/CSU noch SPD zeigen großes Engagement, sich für eine nationale Agenda zur ökonomischen Bildung einzusetzen. Beide Parteien sind offensichtlich der Ansicht, dass der heute in den Schulen vermittelte Stoff ausreicht.</i></p> <p><i>Sie verkennen dabei, dass andere Länder wie beispielsweise die Niederlande oder die USA aus gutem Grund bereits eine „nationale Agenda der finanziellen Bildung“ eingeführt haben. Die Vermittlung grundlegender Zusammenhänge unserer Wirtschaftsordnung und die soziale, gesellschaftliche und politische Einbindung wirtschaftlicher Themen sind essenziell, da sie die Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten der Bürger in einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedingen.</i></p>

Frage Aktieninstitut	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linke	Kommentar Aktieninstitut
<p>10. Werden Sie den Regulierungsrahmen neu justieren, damit Banken wieder stärker in Aktien und andere Wertpapiere beraten und wenn ja, wie?</p>	<p>Der Regulierungsrahmen ist europäisch vorgegeben und lässt den Mitgliedstaaten nur wenig Handlungsspielraum. Unser Ziel ist aber, dass sich Verbraucher und Anlageberater auf Augenhöhe begegnen. So stellen wir bestmögliche Beratungsergebnisse sicher. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung neben der provisionsgestützten Beratung die Honorarberatung als Alternative etabliert. Auch die Regelungen zur Weiterqualifizierung im Rahmen der zuletzt umgesetzten IDD-Richtlinie und das standardisierte Produktinformationsblatt für Aktien werden zur Stärkung der Anlageberatung beitragen.</p>	<p>Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Beratung erhalten. Die ab 2018 geltende Geeignetheitsprüfung sollte eine entsprechende bedarfsgerechte Anlageberatung fördern helfen. Zudem setzen wir uns auch für eine Stärkung der unabhängigen Honorarberatung gegenüber der provisionsgestützten Beratung ein.</p>	<p>Grundsätzlich wollen wir mittelfristig von der provisionsbasierten Beratung zur unabhängigen Honorarberatung übergehen. Denn, obwohl durch Provisionen eine qualitativ hochwertige Beratung nicht ausgeschlossen ist, besteht bei einer Vermittlung auf Provisionsbasis die Gefahr, dass Produkte mit lukrativen Provisionen bevorzugt vertrieben werden. Durch die Stärkung der unabhängigen Beratung wird auch sichergestellt, dass nicht von einer Beratung zur Anlage in Aktien zu Gunsten von stärker provisionsorientierten Produkten abgesehen wird.</p>	<p>Die Verschärfung der Regulierung in den vergangenen Jahren war im Grundsatz berechtigt. Künftig müssen wir aber insbesondere bei der Anlageberatung privater Anleger durch die Banken genauer hinschauen, inwiefern wir echte Beratung statt bürokratischer Vorgaben unterstützen. Dabei müssen wir eine Balance zwischen Verbraucherschutz, Kundennutzen und dem Aufwand für die Kreditinstitute finden. Ein erster begrüßenswerter Schritt dabei ist die Bereitstellung eines allgemeinen Produktinformationsblatts für die Anlageklasse Aktie anstatt – wie bisher – eines Infoblattes pro Einzelaktie. Dazu bedarf es jedoch weiterer Maßnahmen, wie zum Beispiel eine Wahlfreiheit des Kunden in Bezug auf die Geeignetheitserklärung von Anlagestrategien und -klassen. Wir Freien Demokraten vertrauen auf den mündigen Verbraucher, der selbst entscheiden kann, welcher Hilfestellungen er bedarf.</p>		<p><i>Die zunehmende Regulierung im Bereich der Anlageberatung zu Aktien hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich Banken immer weiter aus der Aktienberatung zurückziehen. Das hat die Studie des Deutschen Aktieninstituts „Regulierung drängt Banken aus der Aktienanlage“ gezeigt.</i></p> <p><i>Die FDP sieht Handlungsbedarf, den Regulierungsrahmen zu verbessern und setzt dabei auf „echte Beratung“ statt „bürokratische Vorgaben“. Mit Blick auf die Dokumentationspflichten und Beratungsprotokolle ist der Ansatz, eine Balance zwischen Verbraucherschutz, Kundennutzen und dem Aufwand für Kreditinstitute finden zu wollen, zu begrüßen.</i></p> <p><i>Bündnis 90/Die Grünen und SPD setzen auf ein Mehr an Honorarberatung, was aber die bürokratischen Belastungen bei der Anlageberatung zu Aktien in keiner Weise mindern wird.</i></p> <p><i>CDU/CSU sehen offenbar keinen Handlungsbedarf, sondern verweisen bspw. auf die Etablierung der Honorarberatung neben der provisionsgestützten Beratung.</i></p>